



**Oliver Luksic, MdB**

Sprecher für Verkehr & digitale Infrastruktur  
Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

## **Persönliche Erklärung nach § 31 GO BT**

### **Zum Abstimmungsverhalten am 25.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 10 „Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz – ERatG“ - Drucksache 19/26821**

Die Coronapandemie ist eine enorme Herausforderung für Deutschland und Europa. Seit über einem Jahr ist unser Leben grundlegend verändert. Viele Menschen sind gesundheitlich, wirtschaftlich und sozial schwer getroffen. Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gehören teils zu den am stärksten betroffenen Ländern weltweit. Gleichzeitig ist die Europäische Union eine starke und krisenfeste Gemeinschaft. Daher braucht es auch eine europäische Antwort.

Es war und bleibt notwendig, den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu begegnen. In dieser Notlage ist grenzübergreifende europäische Hilfe wichtig und richtig. Eine Unterstützung gerade der Länder, die bisher am stärksten unter der Pandemie gelitten haben, ist im allgemeinen Interesse. Für die wirtschaftliche Erholung wurde daher die Idee eines EU-Wiederaufbaufonds angestoßen. Die zunächst von der Bundeskanzlerin und dem französischen Staatspräsidenten vorgeschlagene Fassung wurde auf dem Europäischen Rat vom 17. bis 21. Juli 2020 angepasst – das Aufbauinstrument „Next Generation EU“ (NGEU) bietet nun mehr Darlehen (bis zu 360 Milliarden Euro), weniger Zuschüsse (390 statt 500 Milliarden Euro) sowie eine stärkere Betonung auf Reformen.

Allerdings hat das Vorhaben meiner Ansicht nach grundlegende Schwächen, die enorme Risiken bergen. Es fehlen weiterhin angemessene und klare Regeln, insbesondere in Sachen Haftung und Zurückzahlung der Schulden. Die EU erhielt durch den Eigenmittelbeschluss erstmals die Möglichkeit in größerem Umfang selbstständig die Möglichkeit zur Schuldenaufnahme zu nutzen. Dies ist auch angesichts der in einigen Mitgliedstaaten bereits zweifelhaften Tragfähigkeit der Schulden in der gewählten Form nicht sinnvoll. Der Wiederaufbaufonds höhlt das Prinzip der Eigenverantwortung aus und ändert den Wesenskern der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Grundsätze von Eigenverantwortung und Haftung werden stark aufgeweicht, denn die Mitgliedsstaaten haften gemeinschaftlich. So wird eine teilweise Vergemeinschaftung von Schulden innerhalb der EU ohne ausreichende Kontrollrechte des Bundestages möglich. Zudem sind sowohl Höhe als auch die lange Laufzeit neu. Des Weiteren stellt sich aufgrund der mangelhaften Konditionalität die Frage, ob die Mittel in allen Mitgliedsstaaten tatsächlich zur Steigerung der Produktivität eingesetzt werden. Insgesamt fehlt eine verbindliche Regelung zu Reformen und zur Zweckbindung der eingesetzten Mittel.

Eine bloße Verlagerung der Schulden auf die EU-Ebene führt lediglich dazu, dass die Fiskalregeln der EU umgangen werden. Es macht die Bedienung und Rückzahlung der Anleihen in Zukunft aber nicht leichter. Ohne klare Vorgaben droht zudem die Verstetigung dieser „Notfallmaßnahme“.

Ihre diesbezüglichen Bedenken hat meine Fraktion im Entschließungsantrag auf Drucksache 19/26877 deutlich zum Ausdruck gebracht. Zudem sind leider weder Bundesregierung noch Koalitionsfraktionen auf die Vorschläge der FDP-Fraktion zur Erweiterung der Mitwirkungsrechte des Bundestages in Angelegenheiten des Aufbauinstruments NGEU eingegangen, wie wir sie im Gesetzentwurf für ein Next-Generation-EUZBBG auf Drucksache 19/26877 vorgeschlagen haben. Grundsätzlich stellt sich in Bezug auf das Ausmaß des Vorhabens auch die Frage der Verfassungs- und EU-rechtlichen Konformität. Eine Verwendung des Artikels 122 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist angesichts eines solchen Paradigmenwechsels wohl höchstens ausreichend, besser wäre eine grundlegende Reform der EU-Verträge.

Aus den genannten Gründen habe ich mich entschieden, dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht zuzustimmen sondern mich zu enthalten. Ich setze mich für konditionierte und befristete inner-europäische Hilfen ein, kann aber einen „EU-Länderfinanzausgleich“ in dieser Form so nicht unterstützen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Lutke', written in a cursive style.

Berlin, 25.03.2021